Herausgeber
Bundesarbeitsgemeinschaft der
Senioren-Organisationen e.V.
(BAGSO)
Bonngasse 10
53111 Bonn

Tel.: 02 28 / 24 99 93 0
Fax: 02 28 / 24 99 93 20
E-Mail: kontakt@bagso.de
www.bagso.de

Die BAGSO vertritt über ihre 112 Mitgliedsorganisationen etwa 13 Millionen ältere Menschen in Deutschland.

Weitere Informationen unter www.bagso.de

Foto: © Messe Frankfurt GmbH

Gemeinsam in die Zukunft!

Lobby der Älteren
Die BAGSO

Gemeinsam in die Zukunft!

Erklärung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) und ihrer 112 Mitgliedsorganisationen zum 11. Deutschen Seniorentag 2015

„Frankfurter Erklärung"

Wie wollen wir morgen leben und was können wir dafür tun? Diese Fragen beschäftigen nicht nur junge Menschen, sondern auch die älteren. Sie sehen sich in der Mitverantwortung für künftige Generationen und spielen eine aktive Rolle bei der Gestaltung der Gesellschaft. Das Motto des Deutschen Seniorentages „Gemeinsam in die Zukunft!" steht für den Willen von Seniorinnen und Senioren sowie ihrer Vertretungen, hierbei mit anderen Generationen und gesellschaftlichen Gruppen an einem Strang zu ziehen.

Frauen und Männer, die heute im Seniorenalter sind, haben mit ihrer Lebensleistung wesentlich zum Gelingen einer demokratischen Gesellschaft beigetragen, in der Werte wie Mitverantwortung und Solidarität gelebt werden. Mit dem demografischen Wandel, bedingt durch Geburtenrückgang und steigende Lebenserwartung, kommen neue Herausforderungen, aber auch Chancen auf uns zu. Im Durchschnitt sind ältere Menschen so gesund wie nie zuvor. Viele halten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten körperlich und geistig fit, achten auf gesunde Ernährung, bilden sich weiter, nutzen die neuen Medien und engagieren sich auf vielfältige Weise in Familie, Nachbarschaft, Vereinen und Initiativen.

POSITIONEN

Gleichzeitig bewirkt der soziale und gesellschaftliche Wandel eine Differenzierung sozial-kultureller Milieus und eine größere ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt. Infolgedessen müssen die Menschen mit ihren individuellen Fähigkeiten, Bedürfnissen, Erfahrungen und Beeinträchtigungen wahrgenommen und ihre Eigen- und Mitverantwortung gefördert werden. Werte wie Toleranz und Respekt, Solidarität und Gemeinsinn müssen eine höhere Bedeutung erfahren.

Gemeinsam – für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit!

Soziale Sicherheit für alle Generationen ist eine Errungenschaft, die es zu bewahren gilt. Die sozialen Sicherungssysteme haben gerade in Krisenzeiten ihre Leistungsfähigkeit bewiesen. Dazu haben die heute Älteren einen großen Beitrag geleistet und es ist ihnen ein vordringliches Anliegen, dass auch die nachfolgenden Generationen auf diese Sicherheit vertrauen können.

Verschiedene Maßnahmen sind notwendig, um eine solide und nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung zu sichern. Dazu gehören der weitere Abbau von Arbeitslosigkeit, eine wirksame Bekämpfung prekärer Beschäftigung[1] und die Verbesserung der Beschäftigungschancen Älterer. Mehr Menschen als bisher müssen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung das gesetzliche Rentenalter erreichen können[2]. Zugleich müssen die Möglichkeiten eines gleitenden Übergangs in die Rente bzw. Pension sowohl vor als auch nach Erreichen des Regeleintrittsalters verbessert werden. Die bestehenden Möglichkeiten, über das Regeleintrittsalter hinaus erwerbstätig zu sein, sollten auf tarifvertraglicher und betrieblicher Ebene stärker als bisher genutzt werden. Umgekehrt müssen diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht bis zum gesetzlichen Rentenalter arbeiten können, besser abgesichert werden. Das Rentenniveau darf nicht weiter abgesenkt werden. Nach einem längeren Erwerbsleben muss die Rente deutlich über dem Niveau der Grundsicherung liegen.

Eigenverantwortung und Unterstützung in schwierigen Lebenslagen müssen in einer vernünftigen Balance stehen. Die Kosten von Lebensrisiken wie Krankheit oder Pflegebedürftigkeit dürfen nicht immer weiter auf den Einzelnen verlagert werden, da dies soziale Ungleichheiten verstärkt. Die Lücken in der öffentlichen Daseinsvorsorge – marode Schulen, Abbau des öffentlichen Nahverkehrs, Schließung von Sport- und Kultureinrichtungen sowie Begegnungsstätten und Mängel bei der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung – müssen geschlossen werden.

Obwohl Deutschland eines der reichsten Länder der Welt ist, leben rund 15 Prozent der Bevölkerung, also etwa 12 Millionen Menschen, in relativer Armut[3]. Betroffen sind vor allem Alleinerziehende, Familien mit mehreren Kindern, Menschen mit Migrationshintergrund und ältere Frauen. Niedrige Löhne, Arbeitslosigkeit, Ausfallzeiten durch Erziehung bzw. Pflege im Lebenslauf vieler Menschen sowie Behinderungen steigern das Risiko, im Alter zu verarmen. Wir wollen diese Entwicklung, die den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gefährdet, nicht hinnehmen und fordern deshalb ein Programm zur wirksamen und nachhaltigen Bekämpfung von Armut. Dazu gehört auch, dass kein Jugendlicher ohne Abschluss die Schule verlässt und alle eine Chance auf eine qualifizierte Berufsausbildung erhalten.

1 Unter den Begriff „prekäre Beschäftigung“ fallen Arbeitsverhältnisse mit niedrigen Löhnen, die häufig nicht auf Dauer und Kontinuität angelegt sind, keine Absicherung durch die Sozialversicherung und nur geringe arbeitsrechtliche Schutzrechte aufweisen.

2 Derzeit erfolgt nur etwa jeder vierte Zugang in die Altersrente aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

3 Hierzu zählen Menschen, die mit weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens auskommen müssen. Die sogenannte Armutsrisikogrenze liegt für einen Einpersonenhaushalt bei knapp 1.000 Euro und für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen bei knapp 1.500 Euro (vgl. 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2013, S. 461).

Soziale Sicherheit muss auch im internationalen Rahmen erreicht werden. Die Mehrheit der Älteren in Entwicklungsländern muss um ihr tägliches Überleben kämpfen. Gemeinsam in die Zukunft heißt auch Solidarität über Ländergrenzen hinweg.

Gemeinsam – mit allen Generationen!

Die Gestaltung der Zukunft obliegt allen Generationen. Grundlage dafür sind Solidarität, gegenseitiges Verständnis, Toleranz sowie die Bereitschaft, miteinander und füreinander Verantwortung zu übernehmen. Vielfach ist das gelebte Realität, vor allem in Familien und auch im freiwilligen Engagement. So sind in Kommunen vielfältige Beispiele für generationenübergreifende Aktivitäten entstanden – von Lern- oder Ausbildungspatenschaften über Zeitzeugenprojekte bis hin zu „Wunschgroßeltern“. Sie sind ein wichtiger Beitrag zum Verständnis zwischen Jüngeren und Älteren.

Wir plädieren dafür, Tätigkeiten wie das Sich-Kümmern um Kinder und Enkel oder ältere Angehörige, die Arbeit im Haushalt, das Engagement in der Nachbarschaft und in der Zivilgesellschaft stärker anzuerkennen und besser zwischen den Generationen und Geschlechtern zu verteilen.

Für die allermeisten erwachsenen Kinder ist es selbstverständlich, sich um ihre Eltern zu kümmern, wenn diese einmal Hilfe oder Pflege benötigen. Viele ältere Menschen sagen, sie wollen ihren Angehörigen nicht zur Last fallen. Aber beides, helfen und sich helfen lassen, gehört zum Leben dazu. Wir ermutigen alle Beteiligten, sich damit auseinanderzusetzen, wie eine gute Versorgung gelingen kann, die die Bedürfnisse und Grenzen aller Beteiligten berücksichtigt. Politik und Unternehmen fordern wir auf, die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und bürgerschaftlichem Engagement stärker zu fördern. Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehört auch das Schaffen betrieblich organisierter Entlastungsangebote für pflegende Angehörige.

Der Dialog der Generationen findet auch auf gesellschaftlicher Ebene statt. Jugendliche und ihre Vertretungen ermutigen wir, gemeinsam mit Seniorenorganisationen und anderen Verbänden zusammenzuarbeiten, um die vielen Gemeinsamkeiten in den eigenen Positionen und Forderungen herauszustellen und allen Versuchen entgegenzutreten, Konflikte zwischen den Generationen herbeizureden.

In der jüngeren Generation ist die Nutzung moderner Technologie in allen Lebensbereichen selbstverständlich. Auch älteren Menschen eröffnen die neuen Medien Gestaltungspotenziale bis ins hohe Lebensalter. Die Unterstützung für ältere, technikunerfahrene oder sozial benachteiligte Menschen beim Umgang mit modernen Medien muss deshalb weiter ausgebaut werden. Zugleich dürfen diejenigen, die keinen Zugang zum Internet haben, nicht von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen werden.

Bildungsangebote müssen der Vielfalt der Generationen und Erfahrungen gerecht werden. Dabei darf Bildung nicht nur auf ihre Verwertbarkeit ausgerichtet sein, sondern muss auch der individuellen Entwicklung und sozialen Teilhabe dienen. Intergenerativen Bildungsangeboten kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu, sie sollten entsprechend gefördert werden.

Gemeinsam – mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen!

Toleranz, gegenseitige Wertschätzung und Solidarität sind Grundlage für ein gelingendes Zusammenleben in einer pluralistischen Gesellschaft. Unsere Gesellschaft ist auch gekennzeichnet durch einen Wandel der Lebensformen. Alleinstehende, Kinderlose, Patchwork-Familien, Alleinerziehende und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften gehören heute ebenso dazu wie traditionelle Familienkonstellationen. Wir fordern alle Menschen auf, offen gegenüber anderen Lebenserfahrungen und Lebensentwürfen zu sein.

Auch unter den älteren Menschen wächst der Anteil von Migrantinnen und Migranten. Wir ermutigen alle Beteiligten, die spezifischen Potenziale und Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund stärker zu berücksichtigen. Dies umfasst neben der interkulturellen Öffnung der Altenhilfe eine verstärkte Kooperation und Vernetzung mit den Organisationen der älteren Migrantinnen und Migranten und die Anerkennung ihres vielfältigen Engagements in Familien und Wohnvierteln, Vereinen und Initiativen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen Zuflucht in Deutschland suchen, in ihrer schwierigen Lebenssituation unterstützt und gegen Anfeindungen und Übergriffe geschützt werden.

Die heute noch lebenden Opfer der nationalsozialistischen Diktatur haben einen Anspruch darauf, gerade von staatlicher und institutioneller Seite mit größtmöglicher Sensibilität behandelt zu werden. Das Gleiche gilt für die durch Kriegs- und Nachkriegserlebnisse traumatisierten Menschen. Unter ihnen gibt es viele, für die die eigene Erfahrung, z.B. von Ausbombung, Flucht und Vertreibung, ein Ansporn ist, um Flüchtlinge, die derzeit aus Kriegs- und Krisenregionen nach Deutschland kommen, in lokalen Initiativen zu unterstützen.

Gemeinsam – auch mit Beeinträchtigungen!

Alle Menschen – gleich in welcher Lebenssituation – müssen die Möglichkeit haben, ihr Leben selbstständig und selbstverantwortlich zu gestalten und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Menschen mit körperlichen Behinderungen bzw. Beeinträchtigungen der Sinnesorgane, die häufig erst im Laufe des Lebens entstehen, aber auch Menschen mit psychischen und geistigen Beeinträchtigungen sowie ihre Angehörigen stoßen jedoch oft auf Hindernisse und soziale Ausgrenzung.

Wir setzen uns dafür ein, dass Ladenlokale, Arztpraxen, Ämter, Beratungsstellen, Kirchen sowie Kultur-, Sport- und Bildungsangebote auch für Menschen mit Handicaps gut auffindbar und leicht zugänglich sind. Öffentliche Verkehrsmittel müssen einfach und barrierefrei nutzbar und das Wohnumfeld muss frei von Stolperfallen sein. Barrierefreiheit kommt ebenso wie eine nutzergerechte Gestaltung von Alltagsprodukten nicht nur Menschen mit Beeinträchtigungen wie Mobilitätseinbußen oder Seh- und Hörbehinderungen, sondern allen zugute.

Wir halten es für notwendig, durch eine stärkere zielgruppenspezifische Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation Pflegebedürftigkeit so weit wie möglich zu vermeiden oder hinauszuzögern. Dazu muss die bestehende Lücke zwischen Akutversorgung z.B. im Krankenhaus und pflegerischer Versorgung zu Hause geschlossen werden, damit ein vorübergehender Hilfebedarf angemessen abgedeckt werden kann. Durch haushalts- und personenbezogene Unterstützungsangebote sollte, sofern gewünscht, ein Verbleiben zu Hause gesichert werden.

Wir fordern die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, der sich an den individuellen Möglichkeiten einer selbstständigen Lebensführung und dem Unterstützungsbedarf von hilfe- und pflegebedürftigen Menschen orientiert und kognitive und psychische Beeinträchtigungen stärker berücksichtigt. Übergangsregelungen müssen dafür sorgen, dass die Umstellung nicht zu einer Verschlechterung der Situation von bereits Pflegebedürftigen führt. Dringend erforderlich ist eine Aufwertung der Pflegeberufe.

Mehr als zwei Drittel aller Pflegebedürftigen werden zum Teil bis an ihr Lebensende zu Hause versorgt. Die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen tragen den Großteil der finanziellen und persönlichen Belastungen. Ihre Interessenvertretungen sind daher stärker als bisher an allen wichtigen Entscheidungen im Pflege- und Versorgungssystem zu beteiligen.

Die Zahl der an Demenz erkrankten Menschen nimmt weiter zu. Die Krankheit stellt Betroffene, Angehörige und die Gesellschaft vor besondere

Herausforderungen. Wissen über den richtigen Umgang mit Menschen, die an einer Demenz leiden, muss auch im Krankenhaus, in Behörden, bei Feuerwehr und Polizei, beim Einzelhandel und in Banken sowie in der Bevölkerung allgemein verbreitet werden. Neben der Möglichkeit, sich mit anderen Erkrankten in speziellen Einrichtungen zu treffen, sollten Menschen mit Demenz so lange wie möglich auch an allgemein zugänglichen Angeboten wie in Sportvereinen teilhaben können.

Nicht zuletzt fordern wir den flächendeckenden Ausbau von Palliativmedizin und Palliativpflege sowie die verstärkte Förderung einer im Kern ehrenamtlich ausgeübten Hospizarbeit, und zwar dort, wo die Menschen ihre letzten Lebenstage verbringen und wo sie zumeist sterben: in Krankenhäusern und Pflegeheimen, aber in Zukunft verstärkt auch in stationären Hospizen und in ihrem vertrauten Zuhause.

Gemeinsam – engagiert zusammen leben!

Wir alle verbessern unsere Zukunftsperspektive, wenn wir uns mit dem eigenen Bild vom Alter(n) und den Wünschen nach einem sinnerfüllten Leben auseinandersetzen. Der Wunsch, Teil der Gesellschaft zu sein, gebraucht zu werden, für andere sorgen zu können, ist – in jedem Lebensalter – ein existenzielles menschliches Bedürfnis.

Die Gemeinde, das Wohnviertel, die Nachbarschaft sind die Orte, an denen jede und jeder Einzelne als Teil einer Gemeinschaft Verantwortung für eine inklusive, solidarische Gesellschaft wahrnehmen kann. Gegenseitige Hilfe und bürgerschaftliches Engagement sind für das Zusammenleben unverzichtbar. Ein solches Engagement muss jedoch freiwillig sein. Frauen und Männer, die sich für andere einsetzen, brauchen Unterstützung und Wertschätzung, Qualifizierung und Begleitung. Die Kommunen sind für die Schaffung und den Erhalt einer Engagement fördernden Infrastruktur verantwortlich. Sie müssen aber auch in die Lage versetzt werden, die freiwillig Tätigen verlässlich und dauerhaft zu unterstützen.

„Sorgende Gemeinschaften“[4] und die Förderung aktiver Nachbarschaften werden in Zeiten veränderter Familien- und Haushaltsstrukturen immer wichtiger, gerade für Menschen ohne eigene Kinder und für Menschen, die – u.a. aufgrund großer Wohnentfernungen – nur eingeschränkt auf die Unterstützung ihrer Kinder zählen können. Hier spielen auch die Kirchengemeinden bzw. Religionsgemeinschaften eine wichtige Rolle. Wir fordern verstärkte Anstrengungen, um Konzepte für einen Profi-Laien-Mix im Wohnumfeld zu entwickeln, bestehend aus familiärer Betreuung, Sozialleistungen und bezahlbaren haushaltsbezogenen Dienstleistungen und unterstützt von freiwilligem Engagement. Dies kommt dem Wunsch der allermeisten älteren Menschen entgegen, so lange wie möglich in der eigenen Wohnung zu leben und noch eine Aufgabe zu übernehmen.

Das „Zu-Hause-Sein“ gewinnt im Alter an Bedeutung. Wir fordern verstärkte Anstrengungen bei der Schaffung alternsgerechten Wohnraums, auch im Bestand. Förderungen für Neubauten sollten an die Bedingung geknüpft sein, dass barrierefrei gebaut wird. Damit bei Bedarf auch technische Assistenzsysteme genutzt werden können, die zur Erhaltung eines selbstständigen Lebens und einer guten medizinisch-pflegerischen Versorgung beitragen, muss die dafür erforderliche Infrastruktur geschaffen und die Finanzierbarkeit für alle sozialen Gruppen gesichert werden. Daneben muss es mehr Informationen zu gemeinschaftlichen Wohnformen, insbesondere auch solchen mit Pflegeangeboten, geben.

In Städten und Ballungsgebieten ist eine wirksame Begrenzung der Wohnkosten dringend erforderlich.

4 Die Siebte Altenberichtskommission der Bundesregierung soll herausarbeiten, welchen Beitrag die kommunale Politik und örtliche Gemeinschaften leisten können, um die Teilhabe und eine möglichst lange selbstständige Lebensführung älterer Menschen sowie ein aktives Altern in Selbst- und Mitverantwortung sicherzustellen. In diesem Zusammenhang ist immer wieder die Rede von den sog. sorgenden Gemeinschaften („caring communities“).

In ländlichen Räumen müssen mobile bzw. gut erreichbare Angebote zur Alltagsversorgung ausgebaut und gesichert werden. Dafür gibt es bereits viele gute Beispiele, deren nachhaltige Förderung auch über Modellprojekte hinaus notwendig ist.

„Gemeinsam in die Zukunft!“ heißt für die in der BAGSO zusammengeschlossenen Verbände: mehr Gemeinschaft und Miteinander – zwischen Menschen verschiedener Generationen, unterschiedlicher Herkunft oder Religion, zwischen Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen sowie zwischen Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen.

Wir rufen die Verantwortlichen in Politik, Kirche und Gesellschaft, aber auch alle Bürgerinnen und Bürger – gleich welchen Alters – dazu auf, an einer toleranten, inklusiv denkenden und handelnden Gesellschaft mitzuwirken und die gegenseitige Wertschätzung aller Menschen zu fördern. Unser Lebensumfeld müssen wir so gestalten, dass alle Bürgerinnen und Bürger selbstständig, selbstbestimmt und gleichberechtigt ihren Alltag gestalten und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Die demografischen Veränderungen und der soziokulturelle Wandel treffen alle Generationen, alle Städte und Dörfer, jetzt und in den kommenden Jahrzehnten. Dies bringt auch Chancen mit sich für jeden Einzelnen und für die Gesellschaft. Es kommt darauf an, dass wir alle, Staat und Gesellschaft, rechtzeitig und zum Nutzen aller Generationen handeln. Die Seniorinnen und Senioren werden dabei aktiv mitwirken. ■

Frankfurt, 3. Juli 2015

Wichtiges in Kürze

Mit dem demografischen Wandel und dem sozialen und gesellschaftlichen Wandel kommen neue Herausforderungen, aber auch Chancen auf uns zu.

- Die solide und nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung muss gesichert werden. Nach einem längeren Erwerbsleben muss die Rente deutlich über dem Niveau der Grundsicherung liegen. Die Kosten von Lebensrisiken wie Krankheit oder Pflegebedürftigkeit, dürfen nicht immer weiter auf den Einzelnen verlagert werden.

- Tätigkeiten wie das Sich-Kümmern um Kinder und Enkel oder ältere Angehörige, die Arbeit im Haushalt, das Engagement in der Nachbarschaft und in der Zivilgesellschaft sollten stärker anerkannt und besser zwischen den Generationen und Geschlechtern verteilt werden. Viele ältere Menschen sagen, sie wollen ihren Angehörigen nicht zur Last fallen. Aber beides, helfen und sich helfen lassen, gehört zum Leben dazu.

- Toleranz, gegenseitige Wertschätzung und Solidarität sind Grundlage für ein gelingendes Zusammenleben in einer pluralistischen Gesellschaft, in der die ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt wächst. Wir fordern alle Menschen auf, offen gegenüber anderen Lebenserfahrungen und Lebensentwürfen zu sein. Und wir ermutigen alle Beteiligten, die spezifischen Potenziale und Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund stärker zu berücksichtigen.

- Alle Menschen – gleich in welcher Lebenssituation – müssen die Möglichkeit haben, ihr Leben selbstständig und selbstverantwortlich zu gestalten und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die nutzergerechte Gestaltung von Alltagsprodukten und die barrierefreie Gestaltung der Umwelt kommen nicht nur Menschen mit Beeinträchtigungen, sondern allen zugute.

- Es gilt, Pflegebedürftigkeit durch Prävention, Gesundheitsförderung und Rehabilitation so weit wie möglich zu vermeiden oder hinauszuzögern. Pflegende Angehörige benötigen mehr Anerkennung und stärkere Entlastung. Die Pflegebedürftigen bzw. ihre Interessenvertretungen sind an allen wichtigen Entscheidungen im Pflege- und Versorgungssystem zu beteiligen. Schließlich müssen Palliativmedizin, Palliativpflege und Hospizarbeit flächendeckend ausgebaut werden.

- Gegenseitige Hilfe und bürgerschaftliches Engagement sind für das Zusammenleben unverzichtbar. Ein solches Engagement muss jedoch freiwillig sein. Sorgende Gemeinschaften und die Förderung aktiver Nachbarschaften werden in Zeiten veränderter Familien- und Haushaltsstrukturen immer wichtiger. Die Kommunen sind für die Schaffung und den Erhalt einer Engagement fördernden Infrastruktur verantwortlich.

- Wir fordern verstärkte Anstrengungen bei der Schaffung alternsgerechten Wohnraums, im Neubau und im Bestand. In ländlichen Räumen müssen mobile bzw. gut erreichbare Angebote zur Alltagsversorgung ausgebaut und gesichert werden.

Wir rufen die Verantwortlichen in Politik, Kirche und Gesellschaft, aber auch alle Bürgerinnen und Bürger, gleich welchen Alters, dazu auf, an einer toleranten, inklusiv denkenden und handelnden Gesellschaft mitzuwirken. Es kommt darauf an, dass wir alle rechtzeitig und zum Nutzen aller Generationen handeln.

Die 112 BAGSO Verbände (Stand: Juli 2015)

Ausführliche Informationen über die Verbände finden Sie unter www.bagso.de

1. Alevitische Gemeinde Deutschland
2. Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. (AWO)
3. Arbeitsgemeinschaft Evangelische Krankenhaus-Hilfe e.V. (eKH)
4. Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus – Referat Generationenpolitik
5. BDZ - Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft – Ständiger Ausschuss „BDZ-Senioren"
6. BegegnungsCentrum Haus im Park der Körber-Stiftung
7. Betreuungswerk Post Postbank Telekom (BeW)
8. Bund Deutscher Amateurtheater e.V. – Bundesgeschäftsstelle (BDAT)
9. Bund Deutscher Forstleute (BDF) – Seniorenvertretung des BDF
10. Bund Deutscher Kriminalbeamter (bdk)
11. Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen e.V. (BAG LSV)
12. Bundesarbeitsgemeinschaft Senioren der Partei DIE LINKE
13. Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS)
14. Bundesarbeitsgemeinschaft *senior*Trainer*in* (BAG sT)
15. Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungsanpassung e.V. – Verein zur Förderung des selbständigen Wohnens älterer und behinderter Menschen
16. Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN – Arbeitskreis für die Bundesrepublik Deutschland e.V.
17. Bundesforum Katholische Seniorenarbeit (BfKS)
18. Bundesinteressenvertretung der Nutzerinnen und Nutzer von Wohn- und Betreuungsangeboten im Alter und bei Behinderung e.V. (BIVA)
19. Bundesselbsthilfeverband für Osteoporose e.V. (BfO)
20. Bundesverband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung e.V. (KKV)
21. Bundesverband Gedächtnistraining e.V. (BVGT)
22. Bundesverband Geriatrie
23. Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.
24. Bundesverband Russischsprachiger Eltern (BVRE)
25. Bundesverband Seniorentanz e.V. (BVST)
26. Bundesverband Seniorpartner in School e.V. (SiS)
27. dbb beamtenbund und tarifunion
28. DENISS e.V. – Deutsches Netzwerk der Interessenvertretungen von Seniorenstudierenden
29. Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. – Selbsthilfe Demenz
30. Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e.V. (DEAE)
31. Deutsche Gesellschaft für AlterszahnMedizin e.V. (DGAZ)
32. Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V. (dgh)
33. Deutsche Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium e.V. (DGWF) – Sektion „Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaftliche Weiterbildung für ältere Erwachsene (BAG WiWA)"
34. Deutsche Landsenioren e.V. (DLS)
35. Deutsche PsychotherapeutenVereinigung e.V. (DPtV)
36. Deutsche Seniorenpresse Arbeitsgemeinschaft e.V. (dsp)
37. Deutsche Steuer-Gewerkschaft – Landesverband Nordrhein-Westfalen (DSTG)
38. Deutscher Akademikerinnenbund e.V. (DAB)
39. Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e.V. (DBSV)
40. Deutscher Bridge-Verband e.V. (DBV)
41. Deutscher BundeswehrVerband e.V. (DBwV)
42. Deutscher Evangelischer Frauenbund e.V. (DEF)
43. Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit und Pflege e.V. (DEVAP)
44. Deutscher Familienverband (DFV)
45. Deutscher Frauenrat (DF)
46. Deutscher Guttempler-Orden (I.O.G.T.) e.V.
47. Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)
48. Deutscher Schwerhörigenbund e.V. (DSB)
49. Deutscher Senioren Ring e.V. (DSR)
50. Deutscher Turner-Bund (DTB)
51. Deutscher Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf e.V. (DVBS)
52. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (dv)
53. Deutsches Sozialwerk e.V. (DSW)
54. DIE GRÜNEN ALTEN (GA)
55. DPolG Bundespolizeigewerkschaft
56. Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
57. Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit in der EKD (EAfA)
58. Evangelisches Seniorenwerk - Bundesverband für Frauen und Männer im Ruhestand e.V. (ESW)
59. Familienbund der Katholiken Bundesverband e.V.
60. Forschungsinstitut Geragogik e.V. (FoGera)
61. FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e.V., Bundesvereinigung (FGW)
62. Generationsbrücke Deutschland
63. Gesellschaft für Gehirntraining e.V. (GfG)
64. Gesellschaft für Prävention e.V. – gesund älter werden
65. Gewerkschaft der Polizei (GdP)-Seniorengruppe (Bund)
66. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – BundesSeniorenAusschuss (GEW)
67. Greenpeace e.V. Team50plus
68. Hartmannbund - Verband der Ärzte Deutschlands e.V. - Ausschuss für Altersfragen der Medizin des Hartmannbundes
69. HelpAge Deutschland e.V. – Aktion alte Menschen weltweit (HAD)
70. IG Metall
71. Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)
72. Internationaler Bauorden – Deutscher Zweig e.V. – Verein „Senioren im Bauorden" (IBO)
73. Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V. (KAB)
74. Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE)
75. Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands - Bundesverband e.V. (kfd)
76. Katholischer Deutscher Frauenbund e.V. (KDFB)
77. Kneipp-Bund e.V.
78. Kolpingwerk Deutschland gemeinnützige GmbH
79. komba gewerkschaft – Gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst
80. Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM)
81. KWA Kuratorium Wohnen im Alter gemeinnützige AG
82. Lange Aktiv Bleiben – Lebensabend-Bewegung (LAB)
83. Liberale Senioren LiS – Bundesverband
84. LIGA für Aeltere e.V.
85. Malteser Hilfsdienst e.V.
86. Memory Liga e.V. – Liga für Prägeriatrie
87. MISEREOR-Aktionskreis „Eine-Welt-Arbeit im Dritten Lebensalter"
88. NATUR UND MEDIZIN e.V. – Fördergemeinschaft der Karl und Veronica Carstens-Stiftung
89. NaturFreunde Deutschlands e.V. - Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur
90. NAV-Virchow-Bund – Verband der niedergelassenen Ärzte Deutschlands e.V.
91. Netzwerk-Osteoporose e.V. – Organisation für Patienten-Kompetenz
92. Projekt 50 Bundesverband e.V. – Verein zur Förderung brachliegender Fähigkeiten
93. PRO RETINA Deutschland e.V. – Selbsthilfevereinigung von Menschen mit Netzhautdegeneration
94. Senior Experten Service – Stiftung der Deutschen Wirtschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (SES)
95. Senioren-Lernen-Online UG (SLO)
96. Senioren-Union der CDU Deutschlands
97. Senioren-Union der CSU
98. Seniorenvereinigung des Christlichen Jugenddorfwerkes Deutschlands e.V. (CJD)
99. Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)
100. Sozialverband VdK Deutschland e.V.
101. Sozialwerk Berlin e.V.
102. Unionhilfswerk Landesverband Berlin e.V.
103. Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB)
104. Verband Wohneigentum e.V.
105. Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen
106. Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD)
107. Virtuelles und reales Lern- und Kompetenz-Netzwerk älterer Erwachsener (ViLE) e.V.
108. Volkssolidarität Bundesverband e.V. (VS)
109. VRFF Die Mediengewerkschaft
110. wir pflegen – Interessenvertretung begleitender Angehöriger und Freunde in Deutschland e.V.
111. wohnen im eigentum – die wohneigentümer e.V.
112. Zwischen Arbeit und Ruhestand – ZWAR e.V.